

Bericht nach § 1 Abs. 4 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit- Organisationen Unterstützungsfonds

Monatsbericht für Juni 2021

Wien, 2021

1 Allgemeines

Auf Basis der Beschlüsse des Nationalrats vom 29. Mai 2020 und des Bundesrats vom 4. Juni 2020 trat das Bundesgesetz über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds („NPO-Gesetz“, BGBl. I Nr. 49/2020) am 18. Juni 2020 in Kraft. Mit diesem Bundesgesetz wurde der „Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds“ („NPO-Unterstützungsfonds“) beim Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport eingerichtet. Gemäß § 1 Abs. 4 hat der Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport dem Sportausschuss des Nationalrats sowie dem Bundesminister für Finanzen monatlich einen Bericht über die nach dem NPO-Gesetz ergriffenen Maßnahmen vorzulegen.

Aus dem NPO-Unterstützungsfonds werden Förderungen an gemeinnützige Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, an kirchliche Organisationen sowie an freiwillige Feuerwehren vergeben, die durch die Covid19-Krise wirtschaftlich geschädigt wurden. Ziel der Förderungen ist es zu gewährleisten, dass die förderbaren Organisationen ihre satzungsmäßigen Tätigkeiten weiterhin erbringen können. Darüber hinaus sind auch Förderungen an Rechtsträger, an denen gemeinnützige oder kirchliche Organisationen mehrheitlich beteiligt sind, möglich.

Gemäß § 3 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds („NPO-Gesetz“) hat der Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus mit Verordnung Richtlinien über die Abwicklung der Förderungen aus dem NPO-Unterstützungsfonds zu erlassen.

Die NPO-Richtlinienverordnung (BGBl. II Nr. 300/2020) trat am 8. Juli 2020 in Kraft. Der Betrachtungszeitraum für Zuschüsse aus dem NPO-Unterstützungsfonds war der 1. April bis 30. September 2020. Anträge konnten bis zum 31.12.2020 eingebracht werden.

Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2021 wurde die Verlängerung des NPO-Unterstützungsfonds ermöglicht.

Die 2. NPO-Richtlinienverordnung (BGBl. II Nr. 99/2021) trat am 5. März 2021 in Kraft. Der Betrachtungszeitraum für Zuschüsse aus dem NPO-Unterstützungsfonds ist der 1. Oktober

bis 31. Dezember 2020. Anträge konnten vom 5. März 2021 bis zum 15. Mai 2021 eingebracht werden.

Soweit antragsberechtigte Organisationen auch wirtschaftlich tätig sind, können Unterstützungsleistungen des NPO-Unterstützungsfonds als Beihilfe nach Art. 107 Abs. 1 AEUV zu qualifizieren sein. Daher wurden sowohl die NPO-Richtlinienverordnung als auch die 2. NPO-Richtlinienverordnung als Beihilfe nach Art 107 Abs. 1 bei der Europäischen Kommission unter dem jeweils gültigen „Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19“ angemeldet. Die Genehmigungen der Europäischen Kommission erfolgten am 6. August 2020 (SA.57928 (2020/N)) bzw. am 24. Februar 2021 (SA.62010 (2021/N)).

2 Der NPO-Unterstützungsfonds

Ziel des NPO-Unterstützungsfonds ist es sicherzustellen, dass die fördernehmenden Organisationen ihre satzungsgemäßen Tätigkeiten weiterhin erbringen können. Die Förderung stellt daher auf eine Minderung des Schadens, der den fördernehmenden Organisationen durch COVID-19 entstanden ist, ab.

2.1 Ausgestaltung der Förderung für Q2 und Q3 2020

Förderungen aus dem NPO-Unterstützungsfonds ersetzen den fördernehmenden Organisationen bestimmte Arten von Kosten, die typischerweise im laufenden Betrieb einer Organisation anfallen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, einen sogenannten „Struktursicherungsbeitrag“ zu beantragen, der pauschal weitere Kosten bedecken kann, die nicht unter die förderbaren Kostenkategorien subsumiert werden können. Die Einführung des Struktursicherungsbeitrags (bis zu 7% der Einnahmen des vergangenen Jahres) hat einerseits verwaltungsökonomische und abwicklungstechnische Gründe, erlaubt aber andererseits auch, den sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen der antragsberechtigten Organisationen Rechnung zu tragen.

Der Betrachtungszeitraum für förderbare Kosten ist generell 1.4.2020 bis 30.9.2020. Für unmittelbar durch Covid-19 verursachte Kosten wie z.B. Schutzausrüstung ist der Betrachtungszeitraum 10.3.2020 (das Datum der ersten behördlichen Maßnahmen) bis 30.9.2020. Zudem können frustrierte Aufwendungen im Zusammenhang mit aufgrund von behördlichen Maßnahmen abgesagten Veranstaltungen geltend gemacht werden, wobei diese Aufwendungen vor dem 10.3.2020 entstanden sein müssen.

Die Förderung ist jedenfalls mit dem Einnahmenausfall begrenzt.¹ Die Basis für die Berechnung des Einnahmenausfalls sind die Einnahmen der ersten drei Quartale des Jahres 2020 und des jeweiligen Vergleichszeitraums, d.h. die ersten drei Quartale des Jahres 2019 bzw. der Durchschnitt der ersten drei Quartale aus 2018 und 2019.

Neben der individuellen Begrenzung der Förderung mit dem nachweisbaren Einnahmenausfall gelten außerdem absolute Förderobergrenzen idH von 2.400.000,- Euro bzw. die gegebenenfalls anzuwendenden beihilferechtlichen Obergrenzen. Zudem besteht aus verwaltungsökonomischen Gründen eine Untergrenze für eine Förderung von 500,- Euro.

2.2 Ausgestaltung der Förderung für Q4 2020

Die Förderung für das Q4 2020 (1.10.2020 bis 31.12.2020) besteht aus dem „regulären“ NPO-Zuschuss und einem „Lockdown-Zuschuss“. Der „reguläre“ NPO-Zuschuss folgt der gleichen Systematik wie die Förderung für die vorhergehenden Quartale Q2 und Q3, wobei die Fördergrenzen der kürzeren Förderperiode teilweise angepasst wurden. So beträgt die absolute Förderobergrenze 1.200.000,- Euro bzw. die gegebenenfalls anzuwendenden beihilferechtlichen Obergrenzen und die Untergrenze 250,- Euro. Der Struktursicherungsbeitrag wurde durch die Beibehaltung der 7% bezogen auf die Förderperiode effektiv verdoppelt und mit 90.000,- Euro wurde auch die absolute Obergrenze von ursprünglich 120.000,- Euro nur teilweise der kürzeren Förderperiode angepasst.

Neben dem „regulären“ NPO-Zuschuss besteht für gemeinnützige Vereine, die ihre Tätigkeit aufgrund des Lockdown-Maßnahmen nicht ausüben konnten, auch die Möglichkeit, einen dem Umsatzeratz für Unternehmen vergleichbaren „Lockdown-Zuschuss“ zu beantragen. Für Organisationen, die einen Lockdown-Zuschuss erhalten, wird der „reguläre“ NPO-Zuschuss hinsichtlich des Zeitraums, für den ein Lockdown-Zuschuss gewährt wird, aliquotiert. Dabei wird sichergestellt, dass es dadurch zu keiner Schlechterstellung der förderwerbenden Organisation im Vergleich zu dem für das gesamte Q4 berechneten „regulären“ NPO-Zuschuss kommt. Die zeitliche Aliquotierung und das Prinzip der Nicht-Slechterstellung gelten auch für förderwerbende Organisationen, die einen Umsatzeratz gemäß Umsatzeratz-VO erhalten haben.

¹ Für Förderungen unter 3.000,- Euro musste in der Förderperiode Q2-Q3 der Einnahmenausfall nicht nachgewiesen werden.

2.3 Verlängerung des NPO-Unterstützungsfonds für das erste Halbjahr 2021

Der NPO-Unterstützungsfonds wird um den Betrachtungszeitraum des ersten Halbjahres 2021 verlängert werden. Die Antragstellung ist im Zeitraum vom 8. Juli bis zum 15. Oktober 2021 möglich.

2.4 Abwicklung des NPO-Unterstützungsfonds über die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS)

Die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) als eine der erfahrensten Förderstellen des Bundes ist gemäß § 3 Abs. 2 des NPO-Gesetzes mit der Abwicklung des NPO-Unterstützungsfonds beauftragt. Anträge zur Unterstützung durch den NPO-Fonds erfolgen über eine elektronische Abwicklungsplattform, die eine hochautomatisierte Abwicklung der Förderung ermöglicht.

2.5 Information für förderwerbende Organisationen

Das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport hat eine Website (www.npo-fonds.at) eingerichtet, die förderwerbende Organisationen umfassend über den NPO-Unterstützungsfonds informiert und auch einen direkten Link zur Antragstellung bietet. Darüber hinaus ist eine telefonische Hotline für Fragen zur Antragstellung eingerichtet.

3 Zusagen und Auszahlungen (Stand 30. Juni)

Anträge auf einen Zuschuss für das zweite und dritte Quartal 2020 konnten bis 31.12.2020 gestellt werden. Vom 5.3.2021 bis 15.5.2021 konnten Anträge für das vierte Quartal 2020 gestellt werden. Die Anzahl der Zusagen ist höher als die Anzahl der Begünstigten, da die Anzahl der Zusagen auch Folgeanträge für das vierte Quartal umfasst.

Tabelle 1: Zusagen und Auszahlungen per 30. Juni und per 31. Mai

Anzahl bzw. TEUR	30. Juni	31. Mai
Zusagen	32.315	29.593
Zugesagtes Fördervolumen in TEUR	489.760	450.960
Auszahlungen	32.270	28.579
Auszahlungen in TEUR	446.729	396.748
Begünstigte Organisationen	21.729	21.008

Tabelle 2: Durchschnittliche Höhe der Zusagen und Auszahlungen per 30. Juni

	Euro
Zusagen	15.156
Auszahlungen	13.844
Zusage pro begünstigter Organisation	22.540

Tabelle 3: Zusagen – Staffelung nach relevanten Größenklassen¹ per 30. Juni

Größenklasse in Euro	Anzahl Zusagen	Prozent der Zusagen
bis 3.000	14.930	46,2%
3.000 - 12.000	11.738	36,3%
12.000 - 200.000	5.331	16,5%
200.000 - 800.000	259	0,8%
über 800.000	57	0,2%
Gesamt	32.315	100,0%

- ¹ 3000,- Euro: Grenze für den Nachweis des Einnahmenausfalls in der Periode Q2/Q3
12.000,- Euro: StB/WP Pflicht in der Periode Q2/Q3
200.000,- Euro: Beihilferechtliche „de Minimis“ Grenze
800.000,- Euro: Beihilferechtliche Grenze im „Befristeten Rahmen“ in der Periode Q2/Q3

Tabelle 4: Zusagen und Auszahlungen nach Sektoren per 30. Juni

Sektor	Anzahl Zusagen	Prozent der Zusagen	Volumen in TEUR	Prozent des Volumens	Auszahlungen in TEUR
Sport	9.801	30,3%	97.494	19,9%	93.696
Kunst und Kultur	5.891	18,2%	65.453	13,4%	62.360
Religion und kirchliche Zwecke	4.516	14,0%	72.983	14,9%	61.038
Feuerwehren	4.250	13,2%	22.344	4,6%	21.948
Gesundheit, Pflege, Soziales	1.871	5,8%	94.810	19,4%	81.601
Weiterbildung, Bildung, Wissenschaft	1.498	4,6%	72.029	14,7%	64.667
Sonstiges	4.488	13,9%	64.646	13,2%	61.419
Gesamt	32.315	100,0%	489.760	100,0%	446.729

Tabelle 5: Zusagen und Auszahlungen nach Bundesländern per 30. Juni

Bundesland	Anzahl Zusagen	Prozent der Zusagen	Volumen in TEUR	Prozent des Volumens	Auszahlungen in TEUR
Burgenland	1.319	4,1%	11.961	2,4%	11.323
Kärnten	2.454	7,6%	21.573	4,4%	21.215
Niederösterreich	8.050	24,9%	65.614	13,4%	61.740
Oberösterreich	6.216	19,2%	92.531	18,9%	83.652
Salzburg	1.451	4,5%	34.031	6,9%	31.690
Steiermark	4.771	14,8%	45.659	9,3%	42.556
Tirol	3.153	9,8%	36.747	7,5%	31.837
Vorarlberg	1.294	4,0%	25.272	5,2%	24.651
Wien	3.607	11,2%	156.372	31,9%	138.066
Gesamt	32.315	100,0%	489.760	100,0%	446.729

Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport

Radetzkystraße 2, 1030 Wien

bmkoes.gv.at

